Nr. 108. 42. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Freitag, 28. Februar 1913

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die runde Milliarde.

In der Fixigkeit sind uns die Franzosen noch immer über; aber in der Gründlichkeit können sie sich mit den Deutschen nicht messen. Im Handumdrehen hat der französische Finanzminister Klotz einen allerdings nur aus einem Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf mit obligater Begründung verfaßt und der französischen Kammer überreicht, in dem fünfhundert Millionen an neuen Heeresbeiträgen verlangt werden. Herr Klotz fing erst an, als die deutschen Offiziösen bereits die Welt mit der Ankündigung einer neuen deutschen Militärvorlage überrascht hatten. Während Frankreich bereits zu einem Abschluß gekommen ist, wälzt man bei uns den Stein noch immer auf den Berg. Aber dafür wird er auch recht gewichtig. „Die jetzt notwendig werdenden einmaligen Ausgaben dürften schätzungsweise die Höhe von rund einer Milliarde erreichen," sagt die „Germania". Fünfhundert Millionen — Mark wohlgemerkt! Natürlich wird auch in Frankreich das dicke Ende noch nachkommen. Und wenn man sich jenseits der Vogesen wirklich entschließen sollte, zur allgemeinen und lückenlosen dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren, dann werden die einmaligen Ausgaben von fünfhundert Millionen Francs gegenüber den dauernden Lasten, die das französische Volk auf sich nehmen muß, einigermaßen verschwinden. Genau wie auch die einmaligen Ausgaben von rund einer Milliarde bei uns zurücktreten müßten, wenn sich herausstellte, daß die dauernden Ausgaben der kommenden Heeresvermehrung mit allem Drum und Dran sich jährlich auf eine Viertel Milliarde belaufen werden.

Aber so sehr man sich heute gewöhnt haben mag, mit Summen zu spielen, die eigentlich ungeheuerlich sind, so lohnt es sich doch, einmal der Frage näher zu treten, was eine Milliarde Mark eigentlich bedeutet. Man deckt diese Ausgaben durch eine Anleihe, so wird uns versichert. Sehr schön! Nur daß eine Anleihe auch verzinst werden muß. Das Deutsche Reich muß schon jetzt für seine Anleihen mehr als vier Prozent Zinsen zahlen. Nimmt es eine Anleihe von einer Milliarde auf, so dürften die Kurse der vierprozentigen Anleihe noch weiter zurückgehen. Mit einer Verzinsung von etwa 41 bis 42 Millionen jährlich ist also unter allen Umständen zu rechnen; und da die Anleihen ganz gewiß nicht als werbend angesehen werden können, so müssen sie allmählich amortisiert werden, wenn das Deutsche Reich nicht langsam unter seiner Schuldenlast erdrückt werden soll. Fünfzig Millionen als jährliche Last der neuen Milliarde Reichsschulden sind gewiß nicht hoch gerechnet. Man muß sie, will man die Dinge in ihrer Wirklichkeit sehen, zu den laufenden Kosten der neuen Heeresforderungen hinzurechnen. Wenn wirklich die jährlichen Kosten der neuen Forderungen reichlich zweihundert Millionen betragen sollten, so käme man bereits auf mehr als eine Viertelmilliarde, die jährlich zu beschaffen wäre.

Die gesamte Goldproduktion der Erde wurde im Jahre 1903 auf 327 Millionen Dollar, also auf etwas mehr als 1300 Millionen Mark geschätzt. Unterdessen ist sie erheblich gestiegen. Aber die deutschen und die französischen Heeresetats zusammen würden von der gegenwärtigen Jahresproduktion an Gold nicht mehr viel übrig lassen. Was Hunderttausende von fleißigen Händen aus der Erde an Gold schürfen, das wird bis auf einen kleinen Rest durch einmalige Heeresausgaben zweier europäischer Staaten absorbiert. Natürlich hat sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte ein großer Goldschatz angehäuft, aber alles hat zuletzt seine Grenzen. Auch die Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten kann nicht ins Ungemessene gesteigert werden. Die „Friedenswarte" kommt bei einer Zusammenstellung der Ausgaben für militärische Zwecke im Deutschen Reich für das Jahr 1913 zu der Nettosumme von 1 861 082 636 Mark. Ihnen steht nur ein Nettobetrag der Gesamteinnahmen des Reiches aus Zöllen, Steuern und Betriebsüberschüssen von 1820 Millionen gegenüber. Die Rüstungsausgaben würden also die Gesamteinnahmen bereits um 41 Millionen übersteigen, wenn nicht ein Anleihebetrag von 33 Millionen und ein Ueberschuß aus dem Jahre 1911 von 187 Millionen vorhanden wären. Kommen neue 250 Millionen jährliche Kosten für die zu erwartende Militärvorlage hinzu, so wird evident, daß die Ziele länger ist als der Kram, auch wenn man völlig übersehen wollte, daß das Deutsche Reich noch einige weitere, gleichfalls recht kostspielige Aufgaben zu erfüllen hat.

Was sich angesichts dieser Ansprüche zunächst aufdrängt, das ist die Notwendigkeit, sich die Stichhaltigkeit der militärischen Ansprüche sehr genau anzusehen. Im vorigen Jahre sind noch die Forderungen für Heer und Marine fast unbesehen in Bausch und Bogen genehmigt worden. Davon kann und darf diesmal nicht mehr die Rede sein. Man muß sehr gründlich prüfen und abwägen, ehe man zu einer endgültigen Entscheidung darüber kommt, was im nationalen Interesse notwendig und was nur wünschenswert ist. Man wird ebenso doppelt sorgfältig darauf sehen müssen, daß kein Pfennig bewilligt wird, der sich bei einer sorgsamen Wirtschaft ersparen läßt. Ueber die Möglichkeiten auf diesem weiten Gebiet ist an dieser Stelle erst gestern einiges gesagt worden. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit aller Parteien, die sich nicht als Mandatare der privilegierten Klassen, sondern als Beauftragte des ganzen Volkes fühlen, den Knopf auf den Beutel zu halten. Die Wehrfähigkeit der Nation ist nicht identisch mit dem Versorgungsbedürfnis der Offiziersfamilien.

Darüber hinaus muß endlich Vorsorge getroffen werden, daß die starken Schultern in entsprechendem Maße an der Kostendeckung mitbeteiligt werden. Es gibt kein besseres Mittel, die Heeresausgaben in vernünftigen Grenzen zu halten, als daß die neuen Lasten den wohlhabenden Schichten nach dem Maß der ausgleichenden Gerechtigkeit auferlegt werden. Dieser Gerechtigkeit aber würde es widersprechen, wenn auch weiterhin die regierenden Familien sich einer Steuerfreiheit erfreuten, die dem Grundsatz einer billigen Verteilung der Lasten ins Gesicht schlägt. Das deutsche Volk zählt etwa zwei Dutzend Familien, die zwar über sehr erhebliche Vermögen verfügen, aber der Belastung des Volkes mit neuen Steuern in kühler Gleichgültigkeit zusehen, weil sie selbst keinen Finger zu rühren brauchen, um diese Last mittragen zu helfen. Das Steuerprivilegium der regierenden Häuser ist ein altes Unrecht, das sich in die Gegenwart hineingeschleppt hat. Es ist an der Zeit, auch diesen kostspieligen Zopf abzuschneiden. Und wenn die Fürsten so lebhaft an die Opferwilligkeit des Volkes appellieren, müssen sie nicht selbst die Empfindung haben, daß es eine Pflicht der Noblesse sei, mit gutem Beispiel voranzugehen? Hier sollten die Parteien, soweit sie wirklich volksfreundlich sind oder sein wollen, den Hebel ansetzen. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß es auch mit weniger als einer runden Milliarde einmaliger Ausgaben und einer Viertel Milliarde jährlicher Ausgaben geht.

---

* In dem Befinden des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grafen **v. Schwerin-Löwitz** ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Der Patient hofft, seine Amtsgeschäfte schon am nächsten Montag wieder aufnehmen zu können.

Die gestrige Sitzung der Botschafterkonferenz

Eine Aufforderung an Rumänien. — Ein neuer Vorschlag der Pforte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 28. Februar.

Die Bedeutung der letzten Sitzungen der Botschafterkonferenz wird am besten dadurch illustriert, daß Sir Edward Grey sich in seinem Ferienvergnügen auf dem Lande nicht stören läßt und nicht für nötig hält, nach London zu kommen. Die albanische Frage ist gänzlich vom Programm der Konferenz abgesetzt, da der Kriegszustand fortdauert und jeden Augenblick eine neue Lage schaffen kann. Auch die rumänisch-bulgarische Streitfrage hat auf der Konferenz keine positiven Fortschritte gemacht. Rumänien hat noch nicht seine Bereitwilligkeit erklärt, die Entscheidung der Großmächte als bindend zu betrachten. Eine Aufforderung, dies zu tun, soll heute wahrscheinlich von den Bukarester Vertretern der Großmächte der rumänischen Regierung zugestellt werden. Führt dieser Schritt nicht zum Ziel, so werden beide Staaten benachrichtigt, daß es ihnen freisteht, gegen die Entscheidung der Großmächte ihr Veto einzulegen. Auch mit der Friedensfrage beschäftigte sich gestern die Konferenz. Am 18. Februar war bekanntlich dem türkischen Botschafter in London mitgeteilt worden, daß die Großmächte die Antwort der Türkei auf die Note der Vertreter der Großmächte als ungenügende Basis für Verhandlungen betrachteten. Jetzt soll, von Tewfik Pascha eingereicht, dem Foreign Office ein neues türkisches Dokument vorliegen, das aber die Sache positiv nicht sehr zu fördern scheint. Was die Türkei will, wird hier immer unklarer, und die Verwirrung wächst noch infolge der Gerüchte, daß demnächst Dschawid Bei in einer offiziellen Mission nach London kommen wird. Dann hätte die Türkei hier nicht weniger als vier voneinander unabhängige Vertreter, wie der „Daily Telegraph" bemerkt. Man fragt sich, wer eigentlich die Türkei vertritt. Der Botschafter Tewfik Pascha oder Reschid Pascha, der erste Friedensdelegierte, oder Hakki Pascha, der sich in offiziellen Kreisen wenig blicken läßt, oder Dschawid Bei.

Die kommende Konferenz in Petersburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Petersburg, 28. Februar.

Die Unterhandlungen wegen Lösung des bulgarisch-rumänischen Konflikts durch eine Botschafterkonferenz in Petersburg sind noch nicht beendet. Jedenfalls kann das Gerücht, daß die Entscheidung Rußland und Deutschland allein übertragen werden soll, nach Auskunft an hiesiger zuständiger Stelle als abgetan gelten. Man ist endgültig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Vermittelung von nur zwei Mächten nicht wünschenswert ist und die Entscheidung des Konflikts allen Großmächten übertragen werden soll. Die Entscheidung darüber, ob zu diesem Zweck hier eine Botschafterkonferenz unter Vorsitz des Ministers des Auswärtigen Sasonow zusammentritt, wird in den nächsten Tagen fallen.

Alle Ausländer in Adrianopel wohlbehalten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 28. Februar.

Der „Osmanische Lloyd" berichtet, daß die Konsuln in Adrianopel gestern ein Telegramm an die hiesigen Botschaften richteten, in dem sie gegen das dem Völkerrecht widersprechende Vorgehen der Bulgaren bei der Beschießung von Adrianopel protestieren. Bei dem Bombardement sollen den Ausländern gehörige Gebäude getroffen worden sein. Schükri Pascha telegraphierte gestern dem Großwesir, die Konsuln

Vom Filmschauplatz.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Engel.

Die Nachrichten vom Filmschauplatz hören nicht auf. Jeder Tag weiß von einer neuen Anstrengung der Filminteressenten, von einer neuen Nachgiebigkeit der zur Pflege der Kunst Berufenen zu erzählen.

Daß Max Reinhardt, der alle Erd- und Kunstkreise an seine Brust reißen möchte, nun auch für die weiße Leinwand schwärmt, war seit langem kein Geheimnis mehr. Jetzt ist sein Kontrakt mit einer Filmgesellschaft bekannt geworden, und wir haben erfahren, daß er die Inszenierung einiger Werke, die von namhaften Autoren speziell für das Kino verfaßt werden, unter Hinzuziehung berufener Maler übernimmt. Man darf bis auf weiteres voraussetzen, daß Reinhardt große Schaustücke, wie er sie schon jetzt in der Form der Pantomime pflegt, auf den beinahe ebenso wirksamen Film übertragen wird. Mit seinem entwickelten Blick für malerische Anordnungen kann er dabei einiges Neue und „noch nie Dagewesene" bringen. Auch die Heranziehung „berufener Maler" ist nicht ohne Wert. In Malerkreisen hat man das längst gewünscht und damit im Einklang mit unserer Auffassung bekundet, daß der Film, der auf höhere dramatische Eindrücke immer wird verzichten müssen, nach der Richtung des Geschmacks und der Bildwirkung noch große Möglichkeiten vor sich hat. Manche Freunde Reinhardts werden es trotzdem beklagen, daß er seine Kräfte aufs neue zersplittert. Wir erleben es immer wieder, wie sehr er dem Deutschen Theater nötig ist, nicht nur als gastierendes Regisseur seiner eigenen Bühne, sondern als dauernder Inspirator. Wer sich seiner letzten wundervollen Tolstoi-Inszenierung erinnert, der ist jeder Stunde feindlich, die Max Reinhardt anderen Dingen widmet.

Und nun soll auch Henrik Ibsen filmgerecht werden. Als vor einiger Zeit der Film nach den dramatischen Autoren rief und beinahe alle, alle kamen, wurde als letzte groteske Konsequenz in bitterem Scherz auf die Möglichkeit hingedeutet, daß auch Ibsen werde daran glauben müssen. Die Toten reiten schnell. Jetzt ist es Ernst geworden. Des Dichters Sohn hat mit einer Filmgesellschaft einen Vertrag geschlossen, nach dem Henrik Ibsens Werke von „hervorragenden Schriftstellern" für das Kino bearbeitet werden sollen. Begütigend fügt die uns vorliegende Information hinzu, daß Ibsens Sohn die Werke seines Vaters vor der bisher üblichen unberechtigten Verfilmung schützen und sich auch die jedesmalige Genehmigung vorbehalten wolle. Es wird auch versichert, daß man nicht versuchen werde, die Dichtungen Henrik Ibsens, so wie sie bisher bekannt geworden sind, auf die Leinwand zu bringen; vielmehr gedenke man den Inhalt der einzelnen Stücke als bekannt vorauszusetzen, und besonders wünsche man im Kino zu zeigen, wie eine große Schauspielerin, zum Beispiel Agnes Sorma, die Nora spielt. Auf diese Weise glaube man auch archivarische Werte zu schaffen.

Das klingt harmlos, klug und würdig. Besonders der Hinweis auf den archivarischen Wert der Ibsenfilms ist geschickt auf das Sentiment derjenigen zugespitzt, die mit vollem Recht dem Film eine kunstwissenschaftliche Bedeutung beilegen. Es bleibt nur die Frage offen, wo das Archiv aufbewahrt, und wie es späteren Generationen zugänglich gemacht werden soll. So lange darüber für Zeit und Ewigkeit keine bindenden Bestimmungen vorliegen, muß uns Herr Dr. Sigurd Ibsen die Bemerkung erlauben, daß er dem Andenken seines Vaters wehe tut. Mit all den Einschränkungen, die er zur Bedingung macht, wird er nicht verhindern können, daß die Schöpfungen Henriks auf Tage, Wochen und Monate auch noch durch die letzten Vorstadtkinos geschleppt und bombastisch affichiert werden. Etwas geistig Reines und Hohes wird auf den Markt der Sensation gebracht, die Plattheit darf sich an den Tisch des Genius setzen, und die oberflächlichste Schaulust sich an gedanken- und gefühllos gemachten Kraftszenen ergötzen. Es ist ein hübsches Gesellschaftsspiel für diese Winterabende, die Ibsenschen Dramen daraufhin durchzugehen, wie viel Möglichkeiten sie in ihren Vorgeschichten und in dem, was hinter der Szene spielt, für eine recht effektvolle Verfilmung ergeben. Diese köstlichen Pointen liegen zu Dutzenden da. Die weißen Rosse auf Rosmersholm können mit einem schönen szenischen Trick gezeigt werden, Vater Alving kann sich öffentlich in Wein und Liebe berauschen, und worauf wir unter keinen Umständen verzichten wollen: der Baumeister Solneß muß uns von seinem Turm glatt vor die Füße stürzen.

Etwas Rohes zu verfeinern, ist jetzt, wie immer wieder versichert wird, und wie wir auch gern glauben wollten, der Wunsch der Filmleute. Sie beginnen indessen damit, daß sie etwas Feines verrohen. Und Sigurd Ibsen unterschreibt lächelnd einen ungemein günstigen Vertrag.

Der „brennende Berg".

Eine Goethestätte im Saargebiet.

Von [Nachdruck verboten.]

Otto Teich.

Der unterirdische Kohlenbrand bei Altenburg, dessen plötzlicher Ausbruch vor kurzem in allen Zeitungen besprochen wurde, lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf andere ähnliche oder gleiche Brände von Kohlenflözen oder -lagern unter der Erde. Einer der bekanntesten „brennenden Berge" ist der bei Dudweiler im Kreis Saarbrücken zu dem dortigen fiskalischen Steinkohlenbergbau gehörige, der durch keinen geringeren als Goethe mit großem Interesse besucht und geschildert worden ist.

Goethe machte im Sommer 1770 von Straßburg aus, wo er studierte, eine Reise nach Saarbrücken. Am 26. Juni traf er, begleitet von seinen Freunden Engelbach und Weyland, in der Duodezresidenz ein. „Wir hörten", so erzählt er im 10. Buche von „Wahrheit und Dichtung", „von den reichen Dudweiler Steinkohlengruben, von Eisen- und Alaunwerken, ja sogar von einem brennenden Berge und rüsteten uns, diese Wunder in der Nähe zu schauen."

Der „brennende Berg" bei Dudweiler „brennt" heute noch, und es ist anzunehmen, daß er schon mehr als hundert Jahre vor Goethes Besuch gebrannt hat. Man weiß allerdings nicht genau, wann der Brand entstanden, doch wird verschiedentlich das Jahr 1668 angegeben, und es ist kein Grund vorhanden, der dagegen spricht. Man darf also sagen, daß der Brand fast 250 Jahre alt ist.

Der seltsame Ort liegt etwa zwanzig Minuten von Dudweiler, das man von Saarbrücken aus mit der Straßenbahn in einer halben Stunde erreicht, entfernt auf der Höhe eines bewaldeten Berges. Der Totaleindruck, den der Besucher heute empfängt, ist ungefähr noch derselbe, den Goethe vor fast 150 Jahren noch seiner lebendigen Schilderung empfing.

Ein anmutiger Buchenwald umgibt den Platz — einen etwa sechs bis acht Meter tiefen, schluchtartigen Kessel, dessen Längsachse sich von Nordosten nach Südwesten erstreckt und etwa 150 Meter mißt, während die größte Breite der Schlucht vielleicht 75 Meter beträgt. Verschiedene Sträucher und Bäume am Rande des kraterartigen Kessels